

Gemeinde Kleinmachnow						
Antrag		öffentlich				
Datum: 17.03.2015		Einreicher: Fraktion B 90/Grüne			DS-Nr. 035/15	
Entgegennahme KSD:						
Verfahrensvermerk:						
<input type="checkbox"/> Genehmigung		<input type="checkbox"/> Anzeige		<input type="checkbox"/> Ankündigung		<input type="checkbox"/> Veröffentlichung
<input type="checkbox"/> Bekanntmachung						
<input type="checkbox"/> Auslage						
Beratungsfolge	Abstimmung			Sitzung		
	JA	NEIN	ENTH	geplant	Endtermin	Bemerkung
Gemeindevertretung				26.03.2015		
Betreff: Resolution zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (Transatlantic Trade and Investment Partnership -TTIP) sowie weiteren Handelsabkommen						
Beschlussvorschlag:						
Kleinmachnow begrüßt, unterstützt und schließt sich den Forderungen des Bayerischen und des Deutschen Städtetages zum Schutz der kommunalen Daseinsvorsorge bei den Verhandlungen zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) und allen weiteren Handelsabkommen an.						
Der als Anlage beigefügte Beschluss des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages vom 12.02.2014 wird als Resolution des Stadtrates zum Transatlantischen Freihandelsabkommen (TTIP) und allen weiteren Handelsabkommen übernommen und an die zuständigen übergeordneten Stellen übersandt.						
Anlage						
Ausgeschlossen nach § 22 BbgKVerf:				Gemeindevertreter		
Beratungsergebnis:		Gremium:		Sitzung am:		
einstimmig	Stimmenmehrheit	JA	NEIN	ENTHALTUNG	lt. Beschluss	abw. Beschluss
Leiter der Sitzung:						
Bürgermeister <small>(Endunterschrift)</small>						
M. Martens Fraktionsvorsitzender						

Finanzielle Auswirkungen:	Gemeindehaushalt	<input checked="" type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	Beteiligungen	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	Produktgruppe:		
	Teilhaushalt/Budget:		
	Maßnahmen-Nr:		
Bereits im laufenden Haushalt veranschlagt:		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
		EURO:	
Über-/außerplanmäßige Veranschlagung im laufenden Haushalt:	Ergebnis-HH	Jahr	EURO:
	Finanz-HH	Jahr	EURO:
Mittelfristig bereits veranschlagt:		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Mittelfristig neu zu veranschlagen:		<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Problembeschreibung/Begründung:

Die Europäische Union (EU) und die USA haben am 13.02.2013 beschlossen, Verhandlungen über eine transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (Transatlantic Trade and Investment Partnership – TTIP) aufzunehmen, mit dem Ziel die transatlantischen Wirtschaftsbeziehungen durch dieses Abkommen zu vertiefen.

Das Abkommen wird für die Mitgliedsstaaten der EU von der Europäischen Kommission auf Grundlage eines vom Europäischen Rat erteilten Mandats, welches jedoch nicht veröffentlicht wurde, verhandelt. Nach Abschluss der Verhandlungen müssen das Europäische Parlament und der Rat dem Vertragstext des Abkommens im Ganzen zustimmen oder ablehnen. Nach diesem Beschluss wird das Abkommen verbindlich für alle EU-Mitgliedsstaaten. Bei einer Zustimmung wird dieses Abkommen Anwendungsvorrang vor den EU-Verordnungen und EU-Richtlinien sowie dem nationalen Recht erlangen und kann damit Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge haben. Das ist insbesondere nicht auszuschließen, da über die vorgesehene Negativliste mit den von der Liberalisierung ausgenommenen Bereichen Schule, Wasser, Kultur nicht aufgeführt sind. Aber auch der KITA-Eigenbetrieb oder der Bauhof wären nach dem derzeitigen Informationsstand rechtlich nicht mehr haltbar. Ein Verlust des kommunalen Gestaltungsrahmens wäre damit unmittelbar verbunden. Mit einem Abschluss der Verhandlungen ist frühestens im kommenden Jahr zu rechnen.

Daher ist es nach Auffassung des Hauptausschusses des Deutschen Städtetages wichtig, dass sichergestellt wird, dass die Bereiche der kommunalen Daseinsvorsorge grundsätzlich nicht von einer transatlantischen Handels- und Investitionspartnerschaft erfasst sind. Dazu wird die Bundesregierung aufgefordert, sich mit Nachdruck gegenüber der EU-Kommission einzusetzen, dass die Kommunale Daseinsvorsorge explizit vom derzeitig verhandelten Freihandelsabkommen ausgeschlossen wird.

Nähere Informationen unter:

<http://www.staedtetag.de/fachinformationen/wirtschaft/068853/>